

Positionspapier Finanzpolitik

«Finanzen sanieren und Steuern senken»

Die FDP.Die Liberalen setzt sich für möglichst viel Freiheit, Eigenverantwortung und Chancengleichheit der Individuen ein. Sie befürwortet einen schlanken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und diese wirksam erfüllt. Bürgerinnen und Bürger sollen nicht mit übermässigen Abgaben belastet werden.

1. Handlungsspielraum durch Ausgabensenkung schaffen!

Der Kanton benötigt finanzpolitischen Handlungsspielraum um sowohl wichtige Aufgaben zu erfüllen als auch die Steuern endlich auf ein erträgliches Niveau zu senken. Handlungsspielraum kann einerseits durch den Wachstumseffekt zufolge Steuersenkung und andererseits durch Sparmassnahmen, Effizienzsteigerungen und – wo dies hinsichtlich Qualität und Preis lohnend ist - Auslagerung von Aufgaben zurückgewonnen werden.

2. Weniger aber dafür konkurrenzfähig bezahltes Kantonspersonal!

Der Personalbestand in der kantonalen Verwaltung muss im Zuge einer effizienteren Aufgabenerfüllung schrittweise unter Berücksichtigung der natürlichen Abgänge reduziert und die Lohnsumme plafoniert werden. Dadurch entsteht auch Spielraum für eine konkurrenzfähige Entlohnung.

3. Steuern für unsere Bevölkerung auf ein erträgliches Niveau senken!

Die Steuern für natürliche Personen im Kanton Bern liegen heute gut 20% über dem schweizerischen Durchschnitt. Eine rasche Entlastung tut not. Mittelfristig soll sich die Belastung dem schweizerischen Durchschnitt annähern. Es muss dadurch gelingen, den heutigen Überhang von 24'000 Zupendlern zur Wohnsitznahme im Kanton Bern zu motivieren.

4. Steuern für Unternehmen müssen im interkantonalen Wettbewerb bestehen!

Auch bei den juristischen Personen belegt der Kanton Bern im schweizerischen Vergleich einen der hintersten Plätze. Die Gewinnsteuern der juristischen Personen sind soweit zu senken, dass im interkantonalen Vergleich ein Rang im ersten Drittel zurückgewonnen werden kann. Im Weiteren ist ein Proportionaltarif einzuführen.

5. Gebühren sollen gebührend bleiben!

Steuersenkungen dürfen nicht mit höheren Gebühren aller Art kompensiert werden. Die Gebühren sind massvoll festzusetzen und die ihnen zugrundeliegenden Kosten sind regelmässig zu überprüfen (Benchmarking mit anderen Gemeinwesen oder der Privatwirtschaft).

Beschlossen durch die Delegiertenversammlung vom 26.04.2017